

# Gefahrenkarte für POLITIKERINNEN UND POLITIKER

Am 5. Februar 1984 musste die Solothurner Kantonsregierung vor dem Richter antraben. Ein halbes Jahr zuvor, über Auffahrt 1983, war die Regierung, begleitet von ihren Ehefrauen, der Einladung einer Elektrizitätsfirma zu einer mehrtägigen Gratisreise nach Spanien gefolgt. Die Regierung wurde vom Vorwurf, verbotene Geschenke angenommen zu haben, freigesprochen. Es sei nicht nachzuweisen, dass sich die Regierung in ihren Entscheiden vom «Spanienreisli» hätte beeinflussen lassen. Am 7. März 2021 wurde der nicht wieder gewählte Regierungsrat Pierre Maudet in Genf für eine Gratisreise mit Familie nach Abu Dhabi von einem Gericht wegen unerlaubter Vorteilnahme verurteilt.

---



Iwan Rickenbacher,  
Kommunikationsberater

Ist Politik für Politikerinnen und Politiker riskanter geworden? Es gibt Hinweise zu dieser These, nicht nur in Zusammenhang mit Geschenkkannahmen.

## DROHUNGEN NEHMEN ZU

Im Coronajahr 2020 erfasste das Bundesamt für Polizei (fedpol) 885 Meldungen über Drohungen gegen Politiker und Behördenmitglieder, 64 davon wurden als potenzielle Gefahr eingestuft. Ein Jahr vor der Pandemie lag die Zahl der gemeldeten Drohungen bei 240 Fällen. Die Waadtländer FDP-Nationalrätin Jacqueline de Quattro forderte angesichts der neuen Entwicklung in einer Motion eine Gesetzesänderung, um Drohungen gegen Politiker und Behörden als Offizialdelikt einzustufen. Anzumerken wäre allerdings, dass sich gelegentlich auch einzelne Politiker grenzwertig äussern.

Heftige und zum Teil inakzeptable Meinungsäusserungen aus Kreisen der Bevölkerung sind nicht neu. In den Jahren 2015 und 2016, während des Höhepunkts der Flüchtlingskrise, wurde ein ähnlicher Anstieg von Drohungen wahrgenommen. Ereignisse, die viele Personen berühren, wecken eine hohe mediale Aufmerksamkeit in den klassischen Medien, besonders aber auf Social Media.

## GEFAHRENKARTE VERÄNDERT SICH

Derbe Auseinandersetzungen unter Politikerinnen und Politikern schaffen auch Öffentlichkeit, ein probates Mittel, um Wähler anzusprechen, die zum grossen Teil ihre Meinung nicht mehr aus Parteiempfehlungen holen.

Es gibt aber auch Entwarnung auf der Gefahrenkarte für Politiker. 1989 wurde Franz Steinegger, trotz besten Voraussetzungen, auch wegen damals noch nicht geklärter Familienverhältnisse nicht Bundesrat. Auch im Zusammenhang mit der Kandidatur von Christiane Brunner im Jahre 1993 befürchteten gewisse Kollegen, in Anspielung auf die Wirren in der englischen Königsfamilie, bei ihrer Wahl «Windsor-Verhältnisse». Wahlhindernisse dieser Art wären heute nicht mehr mehrheitsfähig. Gewählt wurde übrigens damals Ruth Dreifuss, die es als Frau mit jüdischen Wurzeln zu anderen Zeiten allenfalls auch nicht geschafft hätte. Als Politiker lohnt es sich, gelegentlich die Gefahrenkarte zu aktualisieren. ◇